SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Massenvernichtungswaffen in Asien: ist die Politik der Nichtverbreitung gescheitert?

Umbach, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Umbach, F. (1999). Massenvernichtungswaffen in Asien: ist die Politik der Nichtverbreitung gescheitert? *Internationale Politik*, *54*(10), 47-52. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-122056

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Massenvernichtungswaffen in Asien

Ist die Politik der Nichtverbreitung gescheitert?

von Frank Umbach

Auch wenn noch nicht ausgemacht ist, daß das Jahr 1998 als ein irreversibler Wendepunkt bei den globalen Bemühungen zur Eindämmung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) angesehen werden muß, so sind schon heute die regionalen und globalen Auswirkungen der Nuklear- und Raketentests von Indien, Pakistan, Nordkorea und Iran im vergangenen Jahr von strategischer Bedeutung für die zukünftige regionale und globale Stabilität.

Als Indien und Pakistan im Mai 1998 mehrere Nukleartests durchführten, hatte dies nicht nur Auswirkungen auf die regionale Stabilität und die Bemühungen zur Eindämmung eines nuklearen Rüstungswettlaufs, sondern auch auf die globalen Anstrengungen zur Nichtverbreitung von MVW. Als Iran am 21. Juli 1998 seine ballistische Schahab-3-Rakete (Reichweite: 1300 km) und schließlich Nordkorea am 31. August 1998 eine dreistufige Taepo-Dong-1- Rakete testeten, war jedes dieser Ereignisse allein bereits von erheblicher Tragweite für die regionale Stabilität. Mit der Schahab-3-Rakete und insbesondere mit der noch in Entwicklung befindlichen Schahab-4-Rakete (Reichweite: 2000 km) liegen nicht nur alle Staaten des Nahen und Mittleren Ostens in Reichweite ballistischer Raketen Irans, sondern erstmals auch Europa und damit Mitgliedstaaten der NATO. Ein verschärfter Rüstungswettlauf zwischen Israel (das über etwa 250 nukleare Sprengköpfe verfügen soll, diese aber niemals getestet hat) und Iran sowie anderen arabischen Staaten (die ebenfalls verdächtigt werden, neben weitreichenden ballistischen Raketen auch ABC-Sprengköpfe zu entwickeln) kann somit nicht länger ausgeschlossen werden.

Der Test der nordkoreanischen Rakete lieferte einen weiteren Beleg für die Unberechenbarkeit Nordkoreas, der alle Bemühungen der internationalen Staatenwelt um die Öffnung des Landes und die Integration in die internationale Gemeinschaft ein weiteres Mal konterkarierte. In Verbindung mit der Aufdeckung des Baus einer riesigen geheimen unterirdischen Anlage in Kumchang-ri, die der vertragswidrigen Entwicklung von Nuklearwaffen dienen soll, geriet der Prozeß des im Oktober 1994 vereinbarten Genfer Rahmenabkommens zur Denuklearisierung Nordkoreas in die Krise. Während die amerikanische

Frank Umbach, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsinstitut der DGAP, Berlin. Der Beitrag ist im Rahmen eines von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Forschungsprojekts entstanden.

Regierung an einer Fortführung der Kooperationspolitik gegenüber Nordkorea festhält, ist die Stimmung im amerikanischen Kongreß in eine zunehmend kritische umgeschlagen.

Japans „Dornröschenschlaf“

Auch Japan, das nach dem Test der Taepo-Dong-Rakete seinen finanziellen Beitrag für das KEDO-Programm (Bau zweier Leichtwasserreaktoren in Nordkorea) in Höhe von etwa einer Milliarde Dollar zunächst einfror, stellt seine bisherige Kooperationspolitik gegenüber Pjöngjang in Frage. Trotz vorheriger Warnungen der Vereinigten Staaten und entsprechender Vorbereitungen der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte (SDF) waren diese zum konkreten Zeitpunkt des Tests nicht in der Lage, konkret zu bestimmen, über welchem Landesteil Japans der (fehlgeschlagene) nordkoreanische Satellitentest erfolgt war. Die Verwirrung der japanischen Regierung und Öffentlichkeit löste sich erst nach der Aufklärung durch die amerikanischen Streitkräfte auf. Japan mußte feststellen, daß es weder in der Lage war, militärische Aufklärung ballistischer Raketentests zu leisten noch das eigene Land gegen Angriffe mit derartigen Raketen zu verteidigen.[1]

Die bisherige japanische Politik der Progagierung und Unterstützung idealistischer Ziele der Rüstungskontroll-, Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik (wie eine globale Abschaffung aller Nuklearwaffen) war offensichtlich in die Sackgasse der Realpolitik geraten; Japan sah sich plötzlich einer konkreten sicherheitspolitischen Bedrohung durch ballistische Raketen mit ABC-Sprengköpfen gegenüber.

Tokio sieht aber nicht nur seine bisherige Außen- und Sicherheitspolitik auf dem Prüfstand; auch die vermeintlich weitentfernte Eskalation durch die Nuklearwaffenentwicklung in Südasien hat schon heute Rückwirkungen auf die japanische Sicherheit.

Eine zukünftige nukleare Konfrontation zwischen Indien und Pakistan oder sogar zwischen Indien und China (deren Bevölkerung zusammen ein Drittel der Menschheit ausmacht) würde nicht nur die lebenswichtigen japanischen Energieimporte aus dem Nahen und Mittleren Osten durch den Indischen Ozean massiv gefährden. Vielmehr mußten die USA und die internationale Gemeinschaft nach dem Test der pakistanischen Mittelstreckenrakete Ghauri am 6. April 1998 ein geheimes interregionales Proliferationsnetzwerk zwischen Pakistan und Nordkorea feststellen, mit dessen Hilfe internationale Verträge und mögliche Sanktionsregime umgangen wurden. So ist die Ghauri-Rakete wie auch die iranische Schahab-3-Raktete zumindest zum Teil auf der Basis der nordkoreanischen No-Dong-1- und Taepo-Dong-1-Raketen entwickelt worden.

Bis zum Test der Ghauri-Mittelstreckenrakete im Frühjahr 1999 war auch den USA nur die geheime Nuklear- und Raketenkooperation zwischen Pakistan und der VR China bekannt. Nordkorea – das nur mit Hilfe

des Exports ballistischer Raketen in der Lage ist, harte Devisen zu erwirtschaften – konnte mit finanzieller und technologischer Unterstützung Pakistans, Irans sowie arabischer Staaten, sein geheimes Raketenprogramm erfolgreich weiterentwickeln. Demgegenüber leisteten beim iranischen Raketenprogramm Rußland, China und Nordkorea technologische Hilfe; bei den pakistanischen Nuklear- und Raketenprogrammen sollen wiederum Saudi-Arabien, Libyen, China und Nordkorea eine entscheidende Rolle gespielt haben. Vor allem die nordkoreanischen Testergebnisse seit 1993 und ein umfassender Technologietransfer scheinen die Entwicklung der pakistanischen und iranischen Raketenprogramme wesentlich beschleunigt zu haben. Dies würde auch erklären, warum diese Staaten insbesondere in den letzten Jahren in der Lage waren, einen derartigen Technologiesprung zu bewältigen, der sie in die Lage versetzt hat, ballistische Raketen mit großer Reichweite so schnell zu entwickeln und zur Serienreife zu bringen.

Amtliche amerikanische Studien zur potentiellen Proliferationsgefahr hatten nicht vor dem Jahr 2004 damit gerechnet, daß Nordkorea eine dreistufige ballistische Rakete entwickeln könnte, die nicht nur ganz Japan, sondern in wenigen Jahren sogar Guam, Hawaii und sogar die Ostküste der USA bedrohen könnte. Nordkorea würde damit zukünftig als einer von vier Staaten der Welt – neben den USA, Rußland und China – sogar über landgestützte Interkontinentalraketen (ICBMs) verfügen.

Neudefinition der Sicherheitsallianz

Der japanische Schock über den nordkoreanischen Raketentest führte zu weitreichenden Veränderungen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Landes. Nach jahrelangen innenpolitischen Diskussionen und ungeduldigem Drängen der USA willigte Tokio im September 1998 ein, sich an der Forschung und Entwicklung eines Raketenabwehrsystems in Ostasien zu beteiligen. Zwei Monate später verkündete die japanische Regierung, bis Anfang 2003 vier Aufklärungssatelliten ins All schicken zu wollen. Diese Regierungsentscheidungen haben weitreichende Folgen auch für die Zukunft der amerikanisch-japanischen Sicherheitsallianz.

In Verbindung mit der Neudefinierung der japanisch-amerikanischen Sicherheitsallianz vom April 1996 und den neuen Verteidigungsrichtlinien vom September 1997 könnte eine gemeinsame Raketenabwehr mit den USA die eigene wie auch die regionale Stabilität erheblich fördern und die theoretische Option einer Nuklearmacht Japan obsolet werden lassen. Zudem würden die eigenen Aufklärungssatelliten und ein gemeinsames Raketenabwehrsystem die bisher weitgehend asymmetrische Rolle Japans in der Sicherheitsallianz stärken und es so zu einem gleichberechtigteren Partner in der Allianz aufwerten. Insbesondere die gegenseitige Vernetzung von Aufklärungs-, Führungs-, Kontroll- und Informationssystemen hätte weitreichende Auswirkungen auf die gemeinsame Sicherheitsalli-

anz, könnte aber gleichzeitig den konstitutionellen Auflagen des Verbots einer kollektiven Verteidigung Japans widersprechen. Darüber hinaus fördern beide Verteidigungsprojekte auch die Unabhängigkeit Japans vor allem im Krisen- und Konfliktfall. Eine solche Unabhängigkeit ist sowohl in der Regierung als auch im Parlament und der breiteren Öffentlichkeit Japans zunehmend erwünscht. Angesichts der Kosten sind beide Projekte allerdings auch in den japanischen Streitkräften nicht unumstritten, da dies vor allem die Seestreitkräfte aufwerten dürfte. Unabhängig von den Einwänden der Land- und Luftstreitkräfte Japans dürften beide Verteidigungsprojekte zu einer sehr viel stärkeren Zusammenarbeit aller drei Teilstreitkräfte führen. Dies dürfte sich in weitreichende Veränderungen der Prioritätensetzungen in der japanischen Verteidigungspolitik und bei den zukünftigen Rüstungsbeschaffungsprogrammen manifestieren.

Chinas Sicherheitskonzeption

China sieht sich vor allem durch den Aufbau eines derartigen Verteidigungssystems konkret bedroht und seiner strategischen Nuklearstreitkräfte beraubt. Dies könnte zu einem neuen Rüstungswettlauf in Asien führen, wenn China sowohl die Anzahl der Raketen erhöhen als auch diese mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV/MARV) ausrüsten würde. Pekings Sicherheitsbedrohungen sind durch die Neudefinierung der amerikanisch-japanischen Sicherheitsallianz und vor allem durch die für Japan erweiterten Verteidigungsrichtlinien in den letzten beiden Jahren deutlich akzentuiert worden. Auch eine gemeinsame bilaterale Raketenabwehr der USA mit jeweils Japan, Südkorea und vor allem Taiwan wird als eine konkret gegen China gerichtete Eindämmungspolitik Washingtons gewertet. Peking zeigte sich auf offizieller Seite bisher unfähig, für die Sicherheitsperzeptionen seiner Nachbarstaaten Verständnis zu entwickeln.

Auch wenn eine Reihe chinesischer Sicherheitsbedrohungen auf den ersten Blick verständlich erscheint, sind viele der Argumente und Einwände Pekings bei genauerer Analyse wenig überzeugend.[2] Dies gilt um so mehr, als China gerade in den letzten Jahren seine Nuklear- und Raketenrüstung erheblich intensiviert hat; so sind bis Anfang 1999 200 M-11 und M-9-Raketen gegenüber der Straße von Taiwan in Stellung gebracht worden, ihre Zahl soll bis 2005 auf bis zu 650 Systeme erhöht werden. Die Volksrepublik verfügt über die Neutronenbombe und hat im August 1998 die DF-31-ICBM getestet. Auch bei Verzicht auf eine Raketenabwehr Japans, Südkoreas, Taiwans und der USA wäre das Land nicht bereit, seine eigene Nuklear- und Raketenrüstung aufgrund innen- als auch verteidigungspolitischer Überlegungen signifikant einzuschränken oder gar einzufrieren.

Wenn Japan, Südkorea und Taiwan, die sämtlich über das technische Know-how verfügen, Nuklearwaffen zu entwickeln (in Südkorea und Taiwan war eine Nuklearwaffenentwick-

lung in den siebziger und achtziger Jahren bereits in Gang, bevor die USA mittels massiven politischen und ökonomischen Drucks beide Länder zur Einstellung ihrer Programme überredeten) auch weiterhin einer Nuklearoption abschwören sollen, wird ihnen auf absehbare Zeit nichts anderes übrig bleiben, als neben der Intensivierung rüstungskontroll- und abrüstungspolitischer Initiativen auch konkrete Verteidigungsoptionen ins Auge zu fassen. Ob sich diese mit den von den USA vorgeschlagenen Varianten zu einer gemeinsamen Raketenabwehr als technologisch und finanziell umsetzbar erweisen werden, ist vor dem Zeitraum 2004/2005 wohl kaum zu beantworten. Dennoch ist eine derartige Verteidigungsvariante sehr viel weniger destabilisierend als die einzige alternative Verteidigungsoption (neben der Nuklearoption): die Entwicklung weitreichender eigener offensiver Trägerssysteme mit modernen konventionellen Sprengköpfen, die in ihrer militärischen Wirkung taktischen Nuklearwaffen kaum nachstehen. Dies würde aber präemptive oder sogar präventive Militäroptionen fördern und sowohl die Krisenstabilität als auch das Konfliktmanagement im militärischen Ernstfall in Nordostasien deutlich erschweren.

Aufgrund der Kosten einer Raketenabwehr und der möglichen Bedrohung durch Kurzstreckenraketen, gegen die Südkorea kaum Verteidigungsfähigkeiten besitzt, forciert das südkoreanische Verteidigungsministerium derzeit die Entwicklung eigener offensiv nutzbarer Kurz- und Mittelstreckenraketen. Diese könnten jedoch sowohl gegen ein mit den USA 1979 vereinbartes „Memorandum of Understanding on Technology Sharing“ als auch gegen das Missile Technology Control Regime (MTCR) verstoßen. Auch Taiwan erwägt gegenwärtig die Entwicklung offensiver Kurzstreckenraketen („TienMa“) mit einer Reichweite von bis zu 1000 km, die gegen militärische Einrichtungen wie auch gegen Truppenteile in den gegenüber der Straße von Taiwan liegenden chinesischen Provinzen gerichtet wären.

Perspektiven für die Region

Auch wenn die nordkoreanische Dauerkrise durch eine Nahrungsmitteldiplomatie der USA jüngst noch einmal beigelegt werden konnte – und so die Inspektion der unterirdischen Anlagen bei Kumchang-ri ermöglicht wurde („food for access“), die keinen stichhaltigen Beweis für eine fortgeführte Nuklearwaffenentwicklung Nordkoreas erbringen konnte –, kann dies an dem grundsätzlichen Dilemma westlicher Politik und einer immer kritischeren Sichtweise des amerikanischen Kongresses gegenüber der bisher erfolgreichen Erpressungspolitik Nordkoreas wenig ändern. Dies gilt auch für eine vertraglich vereinbarte zweite Inspektion in Kumchang-ri im Mai 2000, zumal inzwischen eine unterirdische Raketenbasis in dem Gebiet von Youngjeo-Dong entdeckt wurde, die nur 20 km von der gemeinsamen Grenze mit China entfernt liegt.

Da sich das Genfer Abkommen von 1994 nicht auf die Raketenentwicklung Nordkoreas erstreckt, ist diese inzwischen als einzige Trumpfkarte Pjöngjangs verblieben und so eng mit dem Überleben des politischen Regimes verbunden, daß wenig Aussicht auf ein Abkommen zur völligen Einstellung der nordkoreanischen Raketenrüstung und des Exports ballistischer Raketen besteht. Auch bei optimistischeren Prognosen wird sich die westliche Politik gegenüber Nordkorea weiterhin auf Rückschläge und kontinuierliches Krisenmanagement einstellen müssen. Dies schließt auch entsprechende Rückwirkungen auf die amerikanische, südkoreanische, japanische und chinesische Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit ein.

Unter diesen Umständen wird zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht länger der Raum der früheren Sowjetunion im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit westlicher Proliferationsherausforderungen stehen, sondern Ost- und Südasien sowie der Nahe und Mittlere Osten mit entsprechenden Rückwirkungen auf Europa und die NATO – vor allem im Mittelmeer-Raum. Dabei gilt es insbesondere, die Entwicklung eines interregionalen, wenn nicht gar globalen Proliferationsnetzwerks zwischen Ostasien, Südasien und der Region des Nahen und Mittleren Ostens zu verhindern. Dies erfordert von seiten Europas und der NATO auch vertiefte sicherheitspolitische Dialoge und neue Kooperationsformen mit Ländern in dieser Region, vor allem mit Japan. Dies schließt auch mögliche Kooperationsformen beim Aufbau einer Raketenabwehr in Europa (die bisher weitgehend verschlafen worden ist) und in Ostasien ein. Während in Europa die NATO auch in der Zukunft der zentrale Sicherheits- und Stabilitätsgarant bleiben wird, wird dies in Ostasien die japanisch-amerikanische Sicherheitsallianz sein. Mit der Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen „erweiterten Abschreckung“ durch den amerikanischen Nuklearschirm soll eine Nuklearisierung der Verteidigungspolitik in Japan, Südkorea und Taiwan auch in der Zukunft ausgeschlossen werden. Hieraus ergibt sich ein Zielkonflikt mit der weiteren Absenkung der strategischen Nuklearpotentiale der Vereinigten Staaten und Rußlands unter ein Niveau von 1500 bis 2000 Sprengköpfen – wie derzeit zwischen beiden Seiten im Rahmen der sogenannten START-III-Gespräche diskutiert. Solange China mit seinem expandierenden Nuklearpotential in eine zukünftige regionale Abrüstungspolitik nicht einbezogen wird, erscheint eine derartige Absenkung kaum realistisch.

Anmerkungen

1 *Umbach*, World Gets Wise to P’yongyang’s Nuclear Blackmail – Teil I, in: *Jane’s Intelligence Review (JIR)*, Bd. 11, September 1999, S. 33–36, hier S. 36.

2 Siehe hierzu näheres in: *Umbach*, World Gets Wise to P’yongyang’s Nuclear Blackmail – Teil II, erscheint in: *JIR*, Bd. 11, Oktober 1999.